

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Redaktion und Verwaltung: Drag II., Telgaska 15 • Telefon: 26795, 31400 • (Nachredaktion): 26797 • Postfach: 57344

11. Jahrgang.

Freitag, 16. Oktober 1931

Nr. 241.

## Einsatz aller Kräfte zur Bekämpfung der Not.

### Genosse Pohl verdolmetscht die Stellung unserer Partei zur Regierungserklärung.

Prag, 15. Oktober. In der heutigen Parlamentssitzung, die der Aussprache über die gestrige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gewidmet war, gab im Namen der deutschen Sozialdemokraten Genosse Pohl folgende Erklärung ab:

Für die Sozialdemokratie steht bei Betrachtung der Lage die Tatsache im Vordergrund, daß keinerlei Anzeichen für eine baldige Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sprechen, daß wir vielmehr in den Wintermonaten mit einer weiteren Verschärfung der Krise rechnen müssen. Der Rohstoff der böhmischen Massen, der durch die Krise geschaffen wurde und der in steigender Arbeitslosigkeit und Hungerarbeit in der Gefährdung der Lebenshaltung auch der noch in Arbeit stehenden Schichten zum Ausdruck kommt, stellt die

Wir fordern, daß die staatliche Unterstützung des Wohnungsbaues in ansehnlichem Maße weitergeführt wird.

### Berücksichtigung der deutschen Notstandsgebiete.

Wir müssen feststellen, daß die deutschen Gebiete der Republik von der Krise ganz besonders schwer betroffen sind, daß sie unter doppelt so großer Arbeitslosigkeit zu leiden haben als die übrigen Gebiete. Die entsprechende Berücksichtigung dieser Gebiete bei allen staatlichen Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit ist daher eine soziale Notwendigkeit ersten Ranges.

### Organisation des Arbeitsmarktes.

Nicht minder notwendig ist aber auch die Organisation des Arbeitsmarktes. Wir erheben daher mit aller Entschiedenheit die Forderung, daß die vom Ministerium für soziale Fürsorge vorbereitete Vorlage über die Einführung einer obligatorischen Arbeitsvermittlung unter Mitwirkung der Arbeiterschaft ehestens verabschiedet wird und daß dabei dem Staat auch ein entsprechender Einfluß eingeräumt wird, um die Stilllegung und Einschränkung von Betrieben zu kontrollieren und gegebenenfalls zu verhindern. Die Unternehmer scheuen keineswegs daher zurück, das Eingreifen des Staates in Anspruch zu nehmen, wenn sie in Schwierigkeiten geraten, sie müssen sich daher selbstverständlich auch gefallen lassen, daß der Staat eingreift, wo wichtige volkswirtschaftliche und sozialpolitische Interessen es erfordern.

### Exportförderung.

Die Vorkehrungen zur Belebung des inneren Marktes müssen aber auch ergänzt werden durch entsprechende Maßnahmen der Exportförderung. Wir bedauern, daß das Gesetz über die Exportkredite erst nach vielen Verzögerungen und in abgeschwächter Form verwirklicht worden ist. Wir verlangen, daß wenigstens jetzt alles unternommen wird, um die Möglichkeiten, die dieses Gesetz bietet, voll auszunutzen, und daß das Gesetz durch Erhöhung des Kreditlimites verbessert wird. Wir erblicken in der durch das Gesetz ermöglichten wesentlichen Steigerung unseres Exportes, insbesondere nach Sowjetrußland, eine Gelegenheit, die verhängnisvollen Schäden, die aus den Fehlern unserer bisherigen Handelspolitik entstanden sind, wenigstens zu einem kleinen Teil gutzumachen, wobei wir es als selbstverständlich ansehen, daß die Bemühungen, die handelspolitischen Beziehungen durch den Abschluß von Verträgen auszugestalten, mit aller Energie fortgesetzt werden.

### Währungsstabilität notwendig.

Wir sind uns voll der Tatsache bewußt, daß die Erhaltung der Stabilität unserer Währung unbedingt notwendig ist, wenn eine weitere Verschlechterung der Situation verhindert werden soll. Wir erblicken in einer Verminderung der Kaufkraft der Krone die schwerste Gefahr für die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen. Wir billigen daher die Erklärung des Herrn Finanzministers, daß in dieser Beziehung alle notwendigen Vorkehrungen getroffen werden sollen.

### Sozialpolitik ausbauen!

Dazu gehört selbstverständlich auch das Gleichgewicht im Staatshaushalt. Wir erklären und daher damit einverstanden, daß der Voranschlag für das kommende Jahr herabgesetzt wurde, ohne daß die Aufwendungen für Zwecke der sozialen Fürsorge gekürzt worden sind. Dem hier zu droffeln, verbietet nicht nur soziale Erwägungen, sondern auch die Erkenntnis, daß eine Schwächung der Kaufkraft der Krone die wirtschaftliche Lage nicht bessert, sondern wesentlich verschlechtern würde.

Wir nehmen daher die Bereitstellung eines Kredites von 300 Millionen K für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge und die Erklärung des Finanzministers, daß er einer Erhöhung dieses Kredites zustimmt, wenn sie sich als notwendig erweisen sollte, mit Genugtuung zur Kenntnis!

Wir weisen die Angriffe des Unternehmertums auf die Sozialpolitik mit aller Entschiedenheit zurück. Wir sprechen eine Selbstverständlichkeit aus, wenn wir feststellen:

daß gerade in Krisenzeiten die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung der Sozialpolitik doppelt und dreifach notwendig ist.

Die Berechtigung der Klagen über die Höhe der sozialen Kosten vermögen wir in keiner Weise anzuerkennen, denn diese Kosten sind bei uns durchaus nicht höher, im Gegenteil niedriger als in anderen Staaten mit gleicher industrieller Entwicklung.

### Bankenkontrolle.

Eine wirklich unerträgliche Belastung der Produktion entsteht durch die Politik der Banken. Wir verlangen daher:

die eheste Schaffung eines Gesetzes, das dem Staat eine wirksame Kontrolle der Banken und einen ausreichenden Einfluß auf die Kreditpolitik der Geldinstitute ermöglicht.

### Arbeitslosen-Notgesetz.

Wir halten aus den angeführten Erwägungen an unserer grundsätzlichen Forderung nach Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung nach wie vor fest. In der Erkenntnis, daß eine solche Versicherung nicht im Augenblick und nicht im Zeitpunkt der Krise in Wirksamkeit gesetzt werden kann, fordern wir:

Schaffung eines Notgesetzes für die Übergangszeit, das allen Arbeitslosen einen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung sichert.

Eine solche, mit sofortiger Wirksamkeit durchzuführende Maßnahme ist nicht nur deshalb nötig, weil das nur für Zeiten normaler Arbeitslosigkeit berechnete Gesetz einem Bruchteil der Arbeitslosen erfährt, sondern

weil auch der Ablauf der Unterstützungsfristen die Zahl der aller Hilfsmittel entbliebenen Arbeitslosen noch um die Ausgestorbenen vermehrt.

### Hilfe für die Gewerkschaften.

Der Staat darf dabei an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß die wachsende Arbeitslosigkeit den gewerkschaftlichen Organisationen Lasten auferlegt hat, die weit über ihre Tragfähigkeit hinausgehen. Aus diesem Grunde sind Hilfsmittel des Staates erforderlich.

### Beim Militär stärker sparen.

Wenn wir also eine Drohselung der sozialen Fürsorge unbedingt ablehnen, vielmehr ihre Ausgestaltung verlangen, so verschließen wir uns keineswegs dem Gebot der Sparsamkeit. Wir verlangen aber, daß am richtigen Platz gespart wird.

Wir erblicken in der durch unser Eingreifen endlich erfolgten Besabstimmung der militärischen Ausgaben eine Notwendigkeit, stellen aber fest, daß weitere Kürzungen notwendig und durchaus möglich sind.

Wenn die vom Herrn Ministerpräsidenten angeforderten weiteren Sparmassnahmen verwirklicht werden sollen, so ergibt sich gerade hier dafür der geeignete Feld. Der nächstliegende Weg dazu wäre, daß die seit langem fällige, im Wehrgesetz vorgesehene und durch die unselbige Politik des Bürgerblocks verhinderte Herabsetzung der Dienstzeit ehestens verwirklicht wird. Wir erinnern dabei daran, daß in wenigen Monaten in Genuß die allgemeine Abrüstungskonferenz zusammenzutreten wird, der ein Erfolg nur beschieden sein kann, wenn jeder einzelne Staat bereit ist, mit dem Abbau der Rüstungen und militärischen Lasten voranzugehen. Wir verlangen, daß die Tschechoslowakei diese Bereitschaft durch die Tat beweist. Wir erheben diese Forderung im Einklange mit der sozialistischen Arbeiter-Internationale, deren unerträgliche Arbeit in dem endlichen Zustandekommen der Abrüstungskonferenz wesentlich beigetragen hat.

### Die Besitzenden heranziehen.

Bei aller Deconomie wird der Staat dennoch gezwungen sein, zur Sicherung des finanziellen (Schluß auf Seite 2.)

## Die fascistische Garde des Großkapitals.

Man kann schon glauben, daß neben Wirtspöfen, Phantasten, Abenteuerernaturen es in der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auch genug politisch Unwissende gibt, die in irreführendem Idealismus dieser Partei Staffage machen. Der fortschreitende Zerfallsprozeß des Kapitalismus, Wirtschaftskrise, Not, Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit haben Millionen jenseits entwirrt. Sie haben die Nerven verloren und sehen sehnsüchtig nach dem Retter aus, der sie rasch und sicher aus dem Elend unserer Tage hinaussührt. Darum haben jetzt jene am stärksten Zulauf, welche am wenigsten moralische Skrupel haben und binnen kürzester Zeit eine Aenderung der heutigen Zustände versprechen. Das Kleinbürgertum, aber auch früher dem öffentlichen Geschehen gegenüber teilnahmslos gebliebene Arbeiter- und Angestelltenkreise sehen den Boden unter ihren Füßen wanken und erfahrungsgelost wissen sie Echtes nicht vom Falschen zu unterscheiden. Ausgerüttelt aus ihrer Vethorie, greifen sie in Angst, Empörung und Verzweiflung nach allem, was wie ein Rettungsseil aussieht. Radikalisiert, trennen sie von der Sozialdemokratie Vorurteil und Nichtwissen.

Diese Schichten einzufangen und zu janzustieren, hat sich der Nationalsozialismus erfolgreich bemüht, Ideen, Programm, Grundsätze — alles verworren und konfus. Aber je konfus, um so besser, um so wirkungsvoller. Das Wesentliche ist, daß der, der sie gewinnen will, ein guter Schmierentombulant ist, gut im Sinne der Freiheit. Läßt dann ein solcher politischer Schmierentombulant — wir kennen diese Sorte auch in der Tschechoslowakei — seinen aus einem Gemisch von heuchlerischem Prophetentum, Gerissenheit und pathetischen Phrasen bestehenden, mit mittelmaßigen Wörtern garnierten und von gestikulierender Uebertriebenheit begleiteten Speech steigen, stellt sich bei solchen Zubauern spielend leicht zustimmender Jubel ein. Das Dritte Reich! Kein einziger weiß, was er sich darunter vorstellen soll, keiner, was das ist. Nur dunkel schwaum ihm, daß sich dahinter eine Wandlung des Befehlenden verbirgt, die kommen wird, wenn dieses Dritte Reich erst verwirklicht sein wird. Und die Verwirklichung steht doch unmittelbar bevor, schon jetzt ja der gewaltige Napoleon auf der Rednertribüne. Ist die Menge einmal fanatisiert, dann kann man ihr auch eintreden, daß der Nationalsozialismus der einzig wahre Sozialismus ist, der das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Arbeiterschaft neuen herrlichen Zeiten entgegenführen wird. Und an Betrüerungen, daß die Sozialdemokratie überlebt und veraltet ist, der Nationalsozialismus dagegen jugendfrisch aus Werk geht und eigentlich sozialistischer ist als die Sozialdemokratie, lassen es die Regisseure des Sakentanztrummels wahrlich nicht fehlen. Auch hier nach dem Muster Mussolinis, der, ehe er noch an der Macht war, mit einer Fülle von den Sozialisten gestohlenen sozialistischen und demokratischen Forderungen herumhauferte.

Am letzten Sonntag hat nun der Nationalsozialismus in Darzburg gezeigt, was es mit seinen sozialistischen Tiraden für eine Bewandnis hat. Es erwies sich, daß die Herren der Schänderindustrie mit gutem Recht ihr Geld zur Auffütterung der Sakentanzbewegung verwendet haben. Gerade jetzt, da es um das Schicksal, um Leben oder Tod der Arbeiterklasse geht, zögerten die Nationalsozialisten nicht, sich an die Seite der gewissenlosen und bösarigsten Ausbeuter gegen die Massen des arbeitenden Volkes zu stellen. Da bekannnten sie sich zu dem Bloß der Reaktion, der die deutsche Republik stürzen will, um die alten Machtklassen, die in den Novembertagen des Jahres 1918 sich vor dem Fort des Volkes vertriehen mußten, wieder in ihre



früheren Vorrechte einzusehen. Alle fanden sich hier ein: die abgetakelten Generale und Offiziere, entthronte Hohenzollernprinzen und Führer der Schwerindustrie und die ihnen die Staffage machten, waren die — Rationalsozialisten. Das gemeinsame Ziel aber hieß: Verelendung und Verknechtung der Arbeiterklasse!

Verelendung durch Inflation! Auch ohne die infame Rede Dr. Schaachts, der mit der Lüge, die Reichsbank sei bankrott und fälsche ihre allwöchentlich erscheinenden Berichte über Golddeckung und Notenumlauf, das kapitalistische Ausland geradezu aufforderte, Deutschland in eine neue Inflation hineinzutreiben, auch ohne diese Rede hätte man Richtung und Ziel der Darzburger Tagung der „nationalen Opposition“ gekannt. Einige Tage vorher schon haben ja die Schwerindustriellen und Großagrarien, also die eigentlichen Drahtzieher der Darzburger Tagung, ihre Absicht, eine neue, im großzügigsten Stile durchzuführende Ausplünderung des deutschen Volkes, kundgegeben. Im teuersten Hotel von Berlin waren sie zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning zusammengekommen, in deren Mittelpunkt die Frage stand: Wie entledigen sich Schwerindustrie und Großgrundbesitz ihrer Schulden? Dem Reichskanzler wurden von den Vertretern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie die Inflationspläne vorgelesen und als Brüning die Frage stellte, was aus den kleinen Sparern werden würde, gaben die Industriebetreiber die schamlose Antwort: „Die Sparer müssen wieder von vorn anfangen!“

So also soll das Dritte Reich beginnen! Zuerst Zusammenbruch des Geldwesens, damit die Bankrotteure der Großindustrie und Großlandwirtschaft mit dem entwerteten Gelde leicht ihre Schulden abzahlen können. Auf Kosten der kleinen Sparer, die unter Entbehrungen Pfennig um Pfennig zusammengetragen haben und die, ebenso wie im Jahre 1923 ihr Ersparnis sich in Nichts auflösen sehen sollen. Sie können ja, nach dem Ratsschloß der Verbündeten der Nazis wieder „von vorn anfangen“! Zu gleicher Zeit auf Kosten der Arbeiter, deren Reallohn mit dem Einbruch der Inflation naturgemäß sinken würden. Also Hungerlöhne, damit die Herren, die bei den Banken tief in der Tinte sitzen, sich von ihren Schulden befreien können! Und die Partei, die sich eine „Arbeiterpartei“ zu nennen wagt, macht diesen Raubzügen bei ihrem beabsichtigten Raubzug, bei dem das deutsche Volk in der unerhörtesten Weise geplündert werden würde, die Mauer!

Aber nicht nur auf Hungerlöhne und Massenverelendung ist es abgesehen. Auch die Arbeitslosen sollen daran glauben. Der durch die Notverordnung der Regierung durchgeführte Abbau der Arbeitslosenunterstützung genügt den industriellen Scharfmachern noch lange nicht und sie fordern eine weitere Senkung. Brutal erklären sie, die Arbeitslosenunterstützung müsse auf einen Stand gebracht werden, der es ihnen ermögliche, in dem von

ihnen gewünschten Umfang Lohnsenkungen vorzunehmen. Und schließlich heißt es auf dem Wunschzettel der Schwerindustriellen: Beseitigung der Kollektivverträge, dafür Einführung von „individuellen“ Arbeitsverträgen!

Weil die großen kapitalistischen Unternehmer selber bankrott sind, beschuldigen sie andere der Pleite und sie rufen zu ihrer Rettung nach neuer Lohnsenkung, nach Verschärfung von Tarifrecht und Sozialpolitik. Die von ihnen ausgehaltenen faschistischen Sorden aber sollen ihnen dabei helfen und tatsächlich haben sie mit deren Führern in Darzburg am Sonntag Händedruck des intelligenz Einver-

ständnisses und herzlichste Brüderliffe getauscht. Kann es nach diesem Aufmarsch der vereinigten Konterrevolution, die zugleich die Revolution der Ausbeuter und Volksausplünderer ist, außer ehrlosen Lumpen noch einen Arbeiter geben, der in der Gefolgschaft der Rationalsozialisten bleibt? Im Namen der „nationalen Sammlung“ sollen den Arbeitern nicht nur die sozialen Rechte geraubt werden, sondern durch die verbrecherische Inflationspolitik sollen die kleinen Sparer um ihr mühsam Erspartes gebracht werden! Die Lehre von Darzburg, welche die Brüder vom Hakenkreuz aller Welt als Landesknechte der gewissenlosesten Kapitalismächte sichtbar macht, muß auch bei uns Beherzigung finden!

## Die Erklärung unserer Fraktion.

(Schluß von Seite 1.)

**Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden**  
einen wesentlichen Bestandteil der öffentlichen Fürsorge für die Arbeitslosen. Solche Maßnahmen sind auch bei uns unbedingt erforderlich. Um sie den Gemeinden zu ermöglichen, muß der Staat die Selbstverwaltungskörper durch eine durchgehende Entschuldigungsaktion vor der Katastrophe retten. Er muß ihnen aber darüber hinaus durch staatliche Garantiedarlehen die Erfüllung ihrer sozialen Verpflichtungen ermöglichen.

**Hilfe für die Selbstverwaltung.**  
Es wird daher das von uns geforderte Gesetz für die Arbeitslosen nicht nur durch Beiträge des Staates, sondern auch durch entsprechende Heranziehung der Unternehmer finanziert werden müssen.

Wir können dabei nicht unausgesprochen lassen, daß die Steuerreform des Jahres 1927 und das damit im Zusammenhang stehende Gesetz über die Stabilisierungsbilanzen bei gleichzeitiger Sicherung der Massenbeschäftigung den bestehenden Klassen so wesentliche und durchaus unerschütterliche Begünstigungen gewährt hat, daß daraus die wesentliche Ursache unserer heutigen finanzpolitischen Schwierigkeiten entstanden ist. Von dieser Tatsache muß jede Politik geleitet sein, die dem Staate neue Einnahmen verschaffen will.

### Hilfe für die Selbstverwaltung.

Aber die Steuerreform und das darauf aufgebauete Gesetz über die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper hat nicht nur den Staat geschädigt, es hat die Selbstverwaltungskörper an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Novelle des Jahres 1930 hätte bei stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen eine wesentliche Erleichterung bringen können, die fortschreitende Vertiefung und die Langwierigkeit der Krise hat die Wirkungen dieser Novelle weitans aufgewogen. Das bedeutet aber, daß die Selbstverwaltungskörper, vor allen die Gemeinden, in den kommenden Monaten gesteigertem Not nicht mehr in der Lage sein werden, die staatlichen Hilfsaktionen für die Arbeitslosen wirksam zu ergänzen. In anderen Ländern, vor allem in Deutschland und England, bildet die

### Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden

Wir können dabei nicht unausgesprochen lassen, daß die Steuerreform des Jahres 1927 und das damit im Zusammenhang stehende Gesetz über die Stabilisierungsbilanzen bei gleichzeitiger Sicherung der Massenbeschäftigung den bestehenden Klassen so wesentliche und durchaus unerschütterliche Begünstigungen gewährt hat, daß daraus die wesentliche Ursache unserer heutigen finanzpolitischen Schwierigkeiten entstanden ist. Von dieser Tatsache muß jede Politik geleitet sein, die dem Staate neue Einnahmen verschaffen will.

### Verwaltungsreform.

Aber nicht nur die Reform der Finanzverwaltung der autonomen Körperschaften, sondern die Reform der Verwaltung überhaupt ist zur brennenden Notwendigkeit geworden. Die auf die Spitze getriebene Bürokratisierung der Verwaltung hat den Staat nicht nur mit einem ungeheuren kostspieligen und schwerfälligen bürokratischen Apparat belastet, sie hemmt und hindert auch die rasche, von energiegelassen Formalismus freie, den Bedürfnissen des herrschenden Reiches entsprechende Durchführung der wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise. Nur eine freie, auf demokratischen Grundgedanken aufgebaute von bürokratischer Bevormundung nicht eingeschränkte Selbstverwaltung vermag die Beweglichkeit und Lebensfähigkeit aufzubringen, das rasche und zweckmäßige Handeln zu gewährleisten, das unter den heutigen Verhältnissen nötiger ist als je.

### Freie kulturelle Entwicklung.

Die Gedanken, die hier entwickelt werden, erschöpfen unsere Forderungen durchaus nicht. Wir haben in diesem Augenblick nur die wichtigsten, nur die unmittelbar auf die Bekämpfung der Krise, unmittelbar auf die Hilfe für die Krisenopfer gerichteten Bestrebungen herausgearbeitet.

Eine dauernde Konsolidierung des Staates aber wird nicht möglich sein ohne die Verständigung der Völker. Dazu ist vor allem notwendig:

**daß jeder Nation die freie kulturelle Entwicklung gewährleistet und der Arbeitsplatz für jedermann ohne Unterschied der Nationalität gesichert wird.**

### An die Arbeiterschaft!

Wir erheben diese Forderungen im Namen der deutschen Arbeiterklasse dieses Landes, die uns in ihrer großen Masse am 27. September wiederum das Vertrauen ausgesprochen hat. Wir erheben sie in vollem Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, mit denen wir uns in treuer Solidarität verbunden fühlen.

Wir wissen, daß unsere Forderungen in einer Regierungsmehrheit, in der bürgerliche Parteien überwiegen, nur in hartem Ringen durchgesetzt werden können. Wir sind zu diesem Ringen entschlossen! Wir werden alle Maßnahmen der Regierung unterstützen, die in der Richtung unserer Forderungen gelegen sind.

Wir rufen zugleich die Arbeiter auf, uns durch ihr Verbleiben zur Sozialdemokratie, durch die Stärkung unserer Reihen die Kräfte zu geben, die notwendig sind, um unser Programm reiflos zu erfüllen. Wir rufen die Arbeiter auf, sich in

einer selbstgefügten Klassenfront zu sammeln, die allein mächtig genug sein wird, über die Forderungen und Notwendigkeiten des Tages hinaus durch die Überwindung des kapitalistischen Systems die Beseitigung aller Krisen zu erzwingen! (Sechster Beifall.)

Die Debatte war am Vormittag durch Jung (Nat.-Soz.) eröffnet worden, der die naive Frage stellte, was bisher überhaupt zur Behebung der Krise getan worden sei, und ausgerechnet die Sozialdemokratie beschuldigt, sie hätte wesentlich die heutige Entwicklung des Hochkapitalismus mit herbeigeführt. Zum Schluß stellt er sogar die Beseitigung des kapitalistischen Systems als Endziel seiner Partei hin!

Schölich (Soz. Dem.) erklärt, die von Holzol geforderte Entpolitisierung unseres Beamtenapparates wäre die größte Revolution in unserem sozialpolitischen Leben; die Beamte müßten direkt Wundertänzer, die dies zustande brächten. Er tritt für die Beibehaltung des französischen Kurzes in der Außenpolitik ein, der sich gerade in der letzten Zeit sehr bewährt habe.

Schölich (D. Nat.) verlangt von der Regierung ein detailliertes Programm und verwirft unsere Außenpolitik, die für die Industrie wie für die Landwirtschaft schädlich sei.

Genosse Dr. Winter hebt unsere feste finanzielle Position hervor, ist aber der Auffassung, daß wir für den Winter mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation rechnen müssen. Er verlangt daher die Durchführung eines großen Investitionsprogramms. Die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung müssen durch weitere Einsparungen aufgebracht werden; auch eine Erhöhung der direkten Steuern, zuerst der Einkommensteuer, werde notwendig sein. Gedanken an Lohnherabsetzungen sollen sich die Unternehmer aus dem Kopf schlagen. Es geht nicht an, in der Konjunkturzeit alle Gewinne einzufrieren, in der Krise aber alle Kosten auf die öffentliche Hand abzuwälzen. Es muß jetzt zu einer staatlichen Einflußnahme auf die Wirtschaft kommen. Wenn der Staat helfend eingreift, dann muß er sich einen entsprechenden Einfluß auf die Organisation der Erzeugung sichern.

Zapotoch und später Kopecky machen Reserven für die bekannten kommunistischen Anträge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zu deren Durchführung die Herrschaften freilich andere Wege einschlagen müßten. Zapotoch führt einen Appell an die Arbeiter zur Veranstaltung von Demonstrationen während der Budgetberatungen mit allerhand schrecklichen Drohungen, die angesichts der bewiesenen völligen Reichhaltigkeit der Massen gegenüber dem kommunistischen Rauhdelendum nur lächerlich wirken können. Heiterkeit muß auch Dr. Torköln (Ang. Nat.) mit seiner Behauptung auslösen, daß die Ankündigung außerordentlicher Sparmaßnahmen den ersten Schritt zur Diktatur darstelle. Jelinek (W.D.) fordert Handelsverträge, Aktivierung der Exportrechte und größere staatliche Kontrollarbeiten.

Dann wird die Debatte wegen Mangels an Rednern abgebrochen. Sie wird morgen, Freitag, vormittags zu Ende geführt werden.

### Budgetauschuss am Mittwoch.

Der Budgetauschuss wählte gestern vor der Plenarsitzung des Hauses zum Generalberichtserstatter über das Budget wiederum den tschechischen Agrarier Dr. Hnidel und bestimmte dann auch die Referenten zu den 22 verschiedenen Kapiteln des Budgets. Die nächste Ausschusssitzung, in der die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag eingeleitet werden soll, wurde für Mittwoch, den 21. d., 10 Uhr früh anberaumt.

## Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Die große Stadt zählte den ungestümen Maxgönd, er fand in den engen Gassen keinen Platz zum Toben, er stieß sich wund an den hohen Wänden und den Kirchtürmen, der Rauch drohte ihn zu ersticken. Aber es gab Augenblicke, da er stärker war als seine Gegner, und dann lächelte er den Himmel und Sonnenstrahlen fielen in düstere Räume und die weißgelbte Wände leuchteten plötzlich auf.

Ein Sonnenstrahl tanzte auf dem weißen Briefbogen, der den Firmennamen „Bosfel und Kreuz, Trifotogen“ trug, und auf den Worten: „In unserem Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß es uns unmöglich ist...“ Friedrich Müller hob die Augen vom Papier; ein Wort des Schreibens war plötzlich in sein Bewußtsein gedrungen, ein Wort, das ihn peinlich berührte: unmöglich.

Wie kam er dazu, dieses Wort zu schreiben, das seinem innersten Wesen fremd war? Unmöglich, für ihn, Friedrich Müller, den Diktator, gab es keine Unmöglichkeit.

Der Sonnenstrahl tanzte die Wände entlang, verließ der schmutzigen braunen Tapete mit den gelben Rosen ungeduldrige Farben. Friedrich Müllers Augen folgten ihm. Er dachte staunend um sich. Wo war er denn eigentlich? Was tat er hier? Mit einemmal waren ihm alle Gegenstände, die ihn nun schon seit Jahren umgaben, völlig fremd.

An der Wand das Bild des ersten Reichspräsidenten. Friedrich Müller lächelte geringschöpig: was hatte der Mann erreicht? So gut wie nichts. Wenn er, Friedrich Müller, an seiner Stelle gewesen wäre...! Und dort, über der Heizung, abwärts, in der Kleidung jener Tage, Herr Gottschiff Bosfel, der Begründer der Firma;

1861 stand auf dem Goldrohmen. Herr Gottschiff Bosfel, wie weit hatte der es gebracht? Trifotogen; was sind, was bedeuten Trifotogen? Was ist eine Firma? Nichts.

Friedrich Müller schob die linke Hand in die Weste und hob starr den Kopf. Seine Augen blinzelten leer, der Raum, wo er sich befand, verschwand. Er sah einen großen Platz, sah sich selbst auf einem Balkon stehend, und unten, zu seinen Füßen, eine ungeheure Menge, die ihm aufjubelte. Kopf an Kopf gedrängt, fuchtelnde Arme, anbetende Augen, die Menschheit, die ihren Erlöser und Herrn gefunden hat...

Er neigte mit gönnerhaftem Lächeln den Kopf, grüßte seine Untertanen. Ein trotziges, rebellisches Gesicht fiel ihm auf. Er kannte diese scharfen Züge, diese hellen Augen. Woher nur? Ja, jetzt wachte er es: es war der Jungarbeiter, der im „Goldenen Hahn“ „Blech“ gerufen hatte. Friedrich Müller wurde zornig. Ein Aufwärtler, ein Rebell. Er wandte sich an die Herren in Uniform, die ehrfürchtig hinter ihm standen. Mit spitzen Zeigefinger wies er auf den jungen Mann:

„Verhaften!“

Dann: „Warten Sie noch einen Augenblick.“

Er hatte noch drei Gesichter entdeckt, deren Ausdruck ihm mißfiel; er kannte auch sie: den alten Herrn Bosfel, betont einfach gekleidet, den jungen Herrn Kreuz, elegant, mit hellen Samtschuhen, die beiden Chefs. Und dort, in braunem Anzug, eine braune Glocke auf dem Kopf, Herr Rupp, der eingebildete Bürovorsteher. Auch diese drei.

Soldaten führten die vier Menschen ab. Friedrich Müller lächelte liebenswürdig und sprach herablassend zu seinen Begleitern: „Ich danke Ihnen, meine Herren...“ Die kleine blonde Stenotypistin in der Ecke stieß ihre Nachbarin, die kleine brünette Stenotypistin, mit dem Ellenbogen und flüsterte ihr zu:

„Schau den Müller an: der alte Narr spinnst schon wieder!“

Die kleine Brünette lächerte.

„Daß die Firma den noch nicht abgebaut hat!“

„Er ist seit hundert Jahren da. Gehört zum Mobiliar.“

„Manchmal hab ich direkt Angst vor ihm. Er sieht einen so seltsam an, als wäre man gar nicht da.“

Die kleine Blonde fuhr mit dem Stift über die Lippen:

„Du, denk dir, der Herr Kreuz hat mit neulich gesagt, daß ich ihn an Penny Porten erinnere!“

Die Brünette schwärzte die Lippen.

„Magst du die? Mir gefällt nur die Dolores del Rio.“

Sie riß die dunklen Augen weit auf.

„Wenn ich mir die Augenbrauen rasieren lasse, seh ich ihr ähnlich. Ich werd es ja doch tun. Ich mag die sanften blondinen nicht. Ich bin für Dämonie.“

Und sie straffte die Brust, daß der kleine Busen im knirschenden Jumper sichtbar wurde.

„Herr Müller, ist der Brief an Jakob u. Co. noch immer nicht fertig?“

Die schnarrende Stimme des Bürochefs klang durch die Stille.

Die kleinen Stenotypistinnen vergaßen Penny Porten und Dolores del Rio, blondes Weidum und Dämonie; ihre Finger tanzten wie toll auf den Tasten der Schreibmaschinen: „In Beantwortung Ihres w. Schreibens...“

„Wunschgemäß senden wir...“ Friedrich Müller fuhr auf. Was will der Kerl hier? Er ist doch eben verhaftet worden? In der Zelle wird sein steifes Hemd, das sich immer über der Brust läßt, weich werden und der hohe weiße Kragen schmutzig. Wie wagt er es, ihn anzurufen? Wo sind die Herren Generale? Er starrte den Bürochef betwirrt an.

„Sie haben uns in der letzten Zeit viel Grund zur Unzufriedenheit gegeben, Herr Müller. Wir haben Nachsicht geübt, weil Sie schon unter dem verstorbenen Herr Kreuz gearbeitet haben. Aber auch unsere Nachsicht hat Grenzen, Herr Müller; ich sage Ihnen: sie hat Grenzen.“

Was will der Kerl? Wobon ist die Rede? Wo ist die jubelnde Menge?

Friedrich Müller sah sich um. Ein trostloses Büro, ein blonder und ein brauner Kopf über die Schreibmaschine gebeugt, an der Wand das Bild des ersten Reichspräsidenten und des Herrn Gottschiff Bosfel, des Begründers der Firma. Und vor ihm, im braunen Anzug, mit braun geprenzelter tadellos gebundener Krawatte, Ernst Rupp, der Bürochef.

Ja, weiß denn der Mann nicht, mit wem er spricht?

Ernst Rupp redete weiter. Worte ohne Sinn, die wie Blätterrasen in Friedrich Müllers Ohr klangen. Dann ein Wort, das hasten blieb, ein bleischweres, drohendes, erdrückendes Wort:

„Abbauen...“

Abbauen, was heißt das? Angst und Sorgen, Not, Hunger, Elend.

Der Diktator verschwand. Zurückblieb Friedrich Müller, der kleine Angestellte mit dreihundert Mark im Monat, mit einer Frau und vier unmündigen Kindern.

Sein Körper sank zusammen, seine Züge erschlafften, seine Augen wurden trüb.

„Ich bitte um Entschuldigung, Herr Rupp. Ich leide seit Wochen an unerträglichen Kopfschmerzen, aber ich werde mir alle Mühe geben, alle Mühe...“

Er froh vor dem Mann im braunen Anzug, er winkte und lächelte. Er anerkannte den Herrn, den Vorgesetzten.

(Fortsetzung folgt.)



### Görfau.

Wie die Kommunisten lügen.

Zu der unter obigen Titel in unserer Nummer vom 24. September erschienenen Notiz erhielten wir aufgrund des Paragraphen 19 des Preßgesetzes nachstehende Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß Tittelbach nach Beendigung der Räumung aus dem Saale, in dem er gefesselt war, und weiter provoziert wurde, sondern wahr ist, daß Herr Tittelbach, als die roten Wehrmänner Zeidler und Leitner aus Kommissar an ihn herantreten, daß er sich aus dem Saale entfernen sollte, mit ihnen zu seinem Tische ging und sich dort seinen Mantel nahm, ferner, daß sich während Tittelbach mit Zeidler und Leitner befaßten, Rote Wehrleute um sie sammelten und nach dem Rufe: „Schlagt ihn nieder!“ mit Häuten und Stühlen sich auf Tittelbach stürzten. Es ist unklar, daß Tittelbach am Ausgange von seinen Parteigenossen, die den Saal füllen wollten, geschlagen, mit Füßen getreten und die Straße heruntergeworfen wurde, sondern wahr ist, daß die Parteigenossen Tittelbach überhaupt nicht mehr im Saal waren, daß rote Wehrleute vor dem Saalausgang Herrn Tittelbach zu Boden schlugen und daß einer von den Herumschreitenden mit beiden Händen in die linke Seite Tittelbachs schlug, wodurch er die ärztlich konstatierte Rippenverletzung und Rippenverrenkung erlitt.“

Diese Berichtigung ist ein Versuch, die Tatsachen, welche in unserer Notiz enthalten waren, abzuleugnen und die ganze Schuld an den Vorgängen in der Versammlung in Görfau auf die roten Wehrmänner abzuschieben. Wir halten demgegenüber unsere Behauptungen aufrecht.

### Das Beeren-, Pilz- und Holz-sammeln etc. in den staatlichen Forsten.

Das Ministerium für Landwirtschaft (die Zentraldirektion der staatlichen Forste und Gärten) hat, wie es in einer Interpellationsbeantwortung heißt, mit dem Erlaß vom 14. Juli d. J. Z. 58.205-V-17-31, interne Weisungen über das Sammeln staatlicher Forste, das Sammeln von Waldprodukten, das Aufsäen trockener Zweige und das Strafen herausgegeben, um so der in den Wäldern Erholung suchenden Bevölkerung den freien Aufenthalt im Walde und den unbemittelten Bevölkerungsschichten das Sammeln von Waldprodukten zu ermöglichen.

Von diesen Weisungen betreffen die gegenständliche Interpellation vor allem folgende Bestimmungen:

1. Wo es sich um einen periodischen Besuch der Ortsbevölkerung zu einem bestimmten Zwecke (Weg zur Beschäftigung, zum Bahnhof, von Gemeinde zu Gemeinde) handelt, ist darauf zu achten, daß dieser Besuch lediglich auf den ausgewiesenen Wegen (Fußwegen) erfolge und daß nicht neue Fußwege willkürlich angelegt werden. Es ist also darauf zu sehen, daß der Bevölkerung die Benutzung von Wegen (Fußwegen) welche ihr regelmäßig als Abfertigungen die leichtere Erreichung des Ziels ihres Weges ermöglichen, nicht verweigert wird.

2. Den Ortsarmen aus den umliegenden Gemeinden sind für das Sammeln von Waldprodukten auf den ausgewiesenen Stellen unentgeltlich Legitimationen auszugeben, auch wenn sie in dem Sammeln von Waldprodukten vorübergehend ihre Unterhaltungsquelle suchen. Daraus geht hervor, daß die Verwaltung der staatlichen Forste der armen Bevölkerung das Sammeln von Waldprodukten ermöglicht, aber verlangt, daß sie sich eine Legitimation von der Verwaltung der staatlichen Forste oder im übertragenen Wirkungsbereich von dem leitenden Revier (gegebenenfalls auch dem Waldheger) beschaffe, damit die Erträge der sich im Walde aufhaltenden Personen ermöglicht werde.

3. Beim Sammeln von trockenen Zweigen ist als Regel anzunehmen, daß dieses Sammeln nicht eine Entlohnung für die in Kamin-, in Baumstämmen und bei anderen Verrichtungen abgearbeiteten Leute sein solle. Das Sammeln trockener, auf dem Boden liegender Forste wird an den ausgewiesenen Stellen ausschließlich nur den Ortsarmen aus den umliegenden Gemeinden, und zwar unentgeltlich, allerdings gegen Legitimation bewilligt, welche die Verwaltung der staatlichen Forste oder im übertragenen Wirkungsbereich das leitende Revier ausstellt.

4. Das Strafen wird gegen eine den örtlichen Gegebenheiten angemessene mäßige Entschädigung, in jedem Falle Moß gegen Legitimation bewilligt. Die freiwilligen Erleichterungen, welche durch diese Weisungen zugunsten der Bevölkerung bewilligt worden sind, beziehen sich allerdings nicht auf Personen, welche als Schädlinge des Waldes bekannt sind, oder überhaupt auf Indermann, welcher den Forstbesitz gefährdet oder schädigt.

Hoffentlich tragen diese Maßnahmen dazu bei, daß die bisherigen vielfachen Schäden, welche der ärmeren Bevölkerung in den weiten Gebieten der Staatswälder bereitet wurden, nun endlich wegfallen.

Für zahltausende Menschen bildet der Wald eine nicht zu unterschätzende Einkommens- und Hilfsquelle. Deshalb ist weitgehendes Engagement seitens der staatlichen Organe durchaus notwendig.

**Genossen! Ihr müsst un-** ausgeht für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. **Seht euch überall für unsere Parteilpresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, agitiert Genossen u. Genossinnen**

## Der Friedensbruch in Ostasien.

Die jartbefaiteten Japaner fühlen sich durch „starke Ausdrücke“ beleidigt.

Tokio, 15. Oktober. (Reuter.) Das Sonntag vom Außenminister der Vereinigten Staaten an den Völkerverbund abgegebene Memorandum hat hier einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Es wird die Ansicht ausgesprochen, daß es nicht notwendig war, derartig starke Ausdrücke zu gebrauchen. Falls sich die Vereinigten Staaten an den Verhandlungen des Völkerverbundes beteiligen würden, könnte Japan zu der Meinung gelangen, daß Amerika in den die chinesisch-japanischen Beziehungen betreffenden Fragen einen unrichtigen Einfluß ausübe, worunter die japanisch-amerikanischen Beziehungen leiden würden.

Tokio, 15. Oktober. (Reuter.) Die japanische Regierung hat die endgültige Antwortung des Vorschlages, den amerikanischen Konsul in Genji am Völkerverbund teilnehmen zu lassen, solange aufgeschoben, bis sie ausführliche Informationen von Hoshitawa erhalten hat. Hoshitawa ist in der Zwischenzeit beauftragt worden, alles daran zu setzen, um den Völkerverbund zu veranlassen, von seinem Vorschlag abzusehen, der, würde er durchgeführt, nach japanischer Ansicht die denkbar ungünstigste Wirkung auf die japanische Bevölkerung haben würde.

### Amerika zur Ratstagung eingeladen.

Gegen den Protest Japans.

Genf, 15. Oktober. Heute abends hat der Völkerverbund nach einer mehrstündigen geheimen und sehr bewegten Sitzung mit 13 gegen die eine Stimme Japans prinzipiell beschlossen, die Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen des Rates über den chinesisch-japanischen Konflikt einzuladen. Die Formulierung der Einladung und ihre Absendung wird in einer für morgen vormittags einberufenen öffentlichen Sitzung erfolgen.

Der Vertreter Japans stellte sich auf den Standpunkt, daß für die Einladung ein einstimmiger Ratbeschuß notwendig sei. Diesen Einwand hat sich jedoch der Völkerverbund nicht zu eigen gemacht.

## Knappe Mehrheit für Brüning?

Die kleineren Mittelparteien entscheidend.

Berlin, 15. Oktober. (Eigenbericht.) In der heutigen Reichstagsitzung kamen Vertreter der kleineren Parteien zu Wort, und zwar derjenigen, von denen das Schicksal des Kabinetts Brüning abhängig ist. Dingselder von der deutschen Volkspartei vertrat ausgesprochen die Unternehmerinteressen und von diesem Standpunkt aus machte er dem Reichszugler den Vorwurf, daß er der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu weit entgegengekommen sei. Darum könne seine Partei zu dem zweiten Kabinetts Brüning kein Vertrauen haben. Sie werde sich vielmehr weiter darum bemühen, die Brücke zu der sogenannten nationalen Opposition zu schlagen.

Von der Landvolksfraktion wurde Ähnliches vorgetragen. Die Wirtschaftspartei hat sich heute nicht geäußert, aber man hofft, daß sie den ganzen Tag über bemüht ist, sich die Ablehnung der Vertrauensanträge durch die Sanierung der von ihr beherrschten Mittelstandsbanken ablaufen zu lassen.

Am Abend hielt der Vorsitzende des Aa-Bundes Genosse Aufhäuser noch eine große Rede, in der er der sogenannten nationalen Opposition den schärfsten Kampf aller Gewerkschaften ansagte, wenn sie versuchen sollte, die sozialen Rechte und die politischen Freiheiten der Arbeiterklasse anzugreifen.

Die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Brüning wird morgen abend fallen. Eine Stunde vor Beginn der Sitzung wollen die Fraktionen der Wirtschaftspartei und

der deutschen Volkspartei noch einmal zusammen treten, um ihre endgültigen Beschlüsse zu fassen. Man rechnet damit, daß 20 Mitglieder der Volkspartei gegen Brüning, vier mit dem Kabinetts stimmen und sechs sich der Stimme enthalten werden. Von der Wirtschaftspartei dürften 16 bis 18, von der Landvolksfraktion fünf bis sechs Abgeordnete entweder gegen die Vertrauensanträge stimmen oder sich der Stimme enthalten.

Es ist zu erwarten, daß das Kabinetts eine Mehrheit von etwa 20 Stimmen erhalten wird. Sollte sich die Wirtschaftspartei doch noch anders bestimmen, weil ihr die Zugeständnisse nicht weit genug gehen, so ist allerdings mit dem Sturz der Regierung zu rechnen.

Für diesen Fall hat die Zentrumsfraktion bereits gestern abends den Beschluß gefaßt, daß sie jede Tolerierung des in Hamburg in Aussicht genommenen Rechtskabinetts ablehnt. Die „Germania“ schreibt dazu, diese Erklärung zeige, daß sich das Zentrum zu keinem Experiment hergibt. Tatsächlich hätte dann ein Rechtskabinetts von Fried bis Dingselder keine Mehrheit im Reichstag und würde einem Vertrauensvotum sofort erliegen.

Außer die weiteren Arbeiten des Reichstages wird erst nach der Abstimmung entschieden werden. Bleibt das Kabinetts im Amt, so dürfte der Reichstag bis Herbst vertagt werden, damit die Regierung in der Zwischenzeit die Möglichkeit hat, Verhandlungen über die Reparationsfrage und die Verlängerung des Stillhaltungsabkommens zu führen.

## Reibungsloser Kabinettswechsel in Spanien.

Vertrauensvotum für Azana.

Madrid, 15. Oktober. Nach der Konstituierung des neuen Kabinetts trat die Kammer gestern gegen 22 Uhr zu einer Nachsitzung zusammen. Als die neue Regierung den Beratungskonferenz betrat, bereiteten die Deputierten dem neuen Ministerpräsidenten laute Ovationen. Ministerpräsident Azana ergriff hierauf das Wort, würdigte die Verdienste seines Vorgängers und erklärte, daß er den Vorsitz in der Regierung einzig aus Respekt vor dem Parlamente übernommen habe. Die Regierung wolle eine enge Zusammenarbeit mit dem Parlamente, damit möglichst bald die Verfassung und gleich darauf die Bodenreform angenommen werden könne. Dann werde die Regierung an die Beratung des Budgets schreiten. Er werde notwendig sein, ein kräftiges Regime zu führen, um die Republik zu schützen.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten vollzogene die Kammer der Regierung und dem neuen Kabinetts durch Erheben von den Sitzen das Vertrauen. Nach Schluß der Sitzung begaben sich sämtliche Kabinettsmitglieder zu dem scheidenden Ministerpräsidenten Alcalá Zamora, um ihm nochmals ihre Sympathien zum Ausdruck zu bringen.

### Neuerliche Diskonterhöhung in New York.

New York, 15. Oktober. Die Bundesreservebank in New York hat den Diskontsatz von 2,5 auf 3,5 Prozent erhöht. Die letzte Erhöhung des Diskontsatzes wurde am 8. Oktober, und zwar von 1,5 auf 2,5 Prozent vorgenommen.

Die neuerliche Erhöhung ist augenscheinlich als Maßnahme gegen den bedrohlichen Goldabfluß nach Frankreich gedacht.

### Reford-Goldvorrat in Frankreich.

Paris, 15. Oktober. Nach dem Wochenanweis der Bank von Frankreich erreichten die Goldvorräte derselben die Höhe von 60.539 Millionen Franken, was der größte Goldvorrat ist, der je in den Kellern der Bank von

Frankreich deponiert war. Gegenüber der Vorwoche ist der Goldvorrat um 726 Millionen Franken gestiegen. Dieses Gold stammt fast ausschließlich aus Amerika.

### Das neue Kabinetts in Bulgarien.

Sofia, 15. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Sobranje verlas Ministerpräsident Muschowa dem königlichen Hof über die Umbildung der Regierung und trug sodann die Regierungserklärung vor. Er versicherte, daß die neue Regierung von der vom Kabinetts Malinow verfolgten Politik, nämlich der Politik des inneren und äußeren Friedens, des Einvernehmens mit den Nachbarn und der Freundschaft mit allen Großmächten sowie von der Politik der wirtschaftlichen und finanziellen Befundung des bulgarischen Staates, nicht abweichen werden.

### Anfrage des Eisenbahnverbandes an den Direktor der Staatsbahnen in Olmütz.

Die Union der Eisenbahner richtete im gestrigen Abendblatt des „Pravo Lidu“ an den Vorsitzenden-Stellvertreter des Verwaltungsausschusses der Staatsbahnen und Direktor der Staatsbahnen in Olmütz Polivka folgenden offenen Brief:

Herr Präsident, ist es wahr, daß Ihnen die Wittwiger Werke eine Remuneration von mehr als 50.000 K auszahlten?

Werden Sie der Öffentlichkeit gefälligst Auskunft darüber geben, ob eine solche Remuneration ausgezahlt wird oder nicht? Und wenn sie ausgezahlt wird, ist es eine Remuneration für Ersparnisse zugunsten des staatlichen Unternehmens, welches Sie verwalten?“

### Riefengehälter und Massennot.

Nach ärztlicher Feststellung und amtlicher Statistik gab es 1930 in Deutschland in 46 Großstädten 1279 Familien mit mindestens vier Kindern, die nur einen einzigen Wohnraum hatten und 21.525 ebenso kinderreiche Familien mit zwei Wohnräumen. Berlin hat 70.000 Kellertwohnungen, in denen 50.000 Kinder aufwachsen. 1928 verübten 90 Kinder im Alter von 5 bis 15 Jahren Selbstmord. Diese unglücklichen Kinder und ihre Väter gehören bestimmt nicht in die folgende Liste, die aufweist, welche Gehälter manche Leute in Deutschland verdienen:

Generaldirektor des Siemens-Konzerns	800.000 M.M.
Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie	600.000 M.M.
Generaldirektor des Inag-Konzerns	575.000 M.M.
Generaldirektor der I. G. Farben-Industrie	500.000 M.M.
Generaldirektor des Ruhr-Röntgen-Trusts	400.000 M.M.
Vorstandmitglied der Deutschen Bank	350.000 M.M.
Generaldirektor der Rhein-Westf. Industrie	650.000 M.M.
Direktor der Prager Eisenindustrie	504.000 M.M.
Direktoren der Rhein-Westf. Industrie	216.000—249.000 M.M.
Direktor der Krupp-W.G.	120.000 M.M.
Direktor des Röhren-Verbandes	110.000 M.M.
Generaldirektor der Ostfälischen Braunkohle	250.000 M.M.
Direktor des Stahlvertriebsverbandes	180.000 M.M.
Direktor der Vereinigten Legierwerke	180.000 M.M.
Reichsbankpräsident	168.000 M.M.
Vizepräsident der Reichsbank	112.000 M.M.
Reichsbankdirektor	84.000 M.M.
Generaldirektor der Reichsbahn (dazu freie Wohnung)	97.600 M.M.
Stellvertretender Generaldirektor	62.100 M.M.
Vorstandsglieder der Reichsbahn	36.400—48.000 M.M.

Bei den Direktoren der Reichsbahn und der Reichsbank sind die Anfang 1931 erfolgten Kürzungen bereits in Abzug gebracht. Gehaltsentlagen bei den Direktoren der Privatwirtschaft sind nicht bekannt geworden. Hier noch die Höhe der Aufsichtsratsstimmien bei einer Reihe von Gesellschaften:

Bereinigter Glasstoff-Fabrikanten	650.000 M.M.
Alte Bergbau A.-G.	171.000 M.M.
Berliner Handelsgesellschaft	139.000 M.M.
Commerz. und Privatbank	236.000 M.M.
Darmstädter und National-Bank	360.000 M.M.
Deutsche Bank	677.000 M.M.
Disconto-Gesellschaft	486.000 M.M.
Dresdner Bank	253.000 M.M.
Mitteldeutsche Kreditbank	72.000 M.M.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt	200.000 M.M.
Genossenschaftsgruppe Deutscher Hypothek	140.000 M.M.

Das ist der Kapitalismus, wie er lebt und leidet.

### Kostfandsarbeiten in Frankreich.

Paris, 15. Oktober. Um der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten zu begegnen, beschloß heute der Ministerrat, gleich zu Beginn der Herbsttagung des Parlaments, einen Plan für öffentliche Arbeiten, welche einen Teil des umfangreichen Planes der sogenannten „nationalen Ausstattung“ bilden, vorzulegen. Der mit diesen Arbeiten verbundene Aufwand wird offenbar durch eine innere Anleihe gedeckt werden.

### Krisenfond in Dänemark.

Kopenhagen, 15. Oktober. Zwischen den Regierungsparteien und den Konservativen ist eine Einigung über die Beschaffung von Mitteln für die Erwerbslosenunterstützung und eine außerordentliche Hilfe für die Arbeitslosen erzielt worden. Die Einigung besteht in der Hauptsache darin, daß ein Krisenfonds von 30 Millionen dänischer Kronen errichtet wird. Die erforderlichen Mittel sollen durch die Uberschüsse aus dem Finanzgeheiß, durch eine Erhöhung der Biersteuer und durch die zweimalige Erhebung der Einkommensteuer für ein Vierteljahr, ferner durch verschobene Hilfe beschafft werden. Des weiteren sollen die Militäransgaben um zwei Millionen Kronen herabgesetzt werden.



# Tagesneuigkeiten

## Erstickungstod zweier Kinder.

Wie uns aus Szeged berichtet wird, ereignete sich in der nähen Ortschaft Liebotichan ein tragisches Unglück, dem zwei junge Menschenleben zum Opfer fielen. Das Ehepaar Weizner hatte sich in früher Morgenstunde von daheim entfernt, um Feldarbeiten zu besorgen, und die beiden Kinder des Ehepaars, die noch nicht schulpflichtig waren, blieben allein in der Wohnung zurück. Als die Mutter gegen die Mittagsstunde heimkehrte, schlugen ihr aus der Wohnung die während ihrer Abwesenheit versperrt gewesen war, die Rauchwollen entgegen, und auf dem Boden des Wohnraumes fand sie die beiden Kinder erstickt auf. Die Erhebungen ergaben, daß die Kinder mit Zündhölzern gespielt und ein Feuer verunfallt hatten, in welchem sie, da die Tür versperrt war, umkommen mußten.

## Der „Menschenversuch“.

**Lübeck, 15. Oktober.** In der weiteren Verhandlung wurde auch der sogenannte „Menschenversuch“ erörtert. Dr. Altschadt beantwortete eine Frage dahin, daß er schon einen solchen Versuch in der Öffentlichkeit gerade mit Bezug auf das Calmette-Verfahren erörtert habe. Es seien jetzt gesetzliche Vorschriften in Vorbereitung, die diesen Versuch betreffen. Der Arzt habe, wenn er sich auf Grund ausgedehnter Versuche von der Unschädlichkeit eines Mittels überzeugt hat, das Recht, bei verantwortungsbewußter Anwendung ein erprobtes Mittel in vorsichtiger Weise bei Menschen zu probieren. Die medizinische Wissenschaft könne den Menschenversuch nicht entbehren. — Professor Much bemerkt, daß im Jahre 1929 bereits in Moskau Schädigungen durch Calmette-Fütterung festgestellt worden seien. Die Frage des Sachverständigen, ob ihm dies bekannt sei, verneinte Dr. Altschadt. Professor Much betonte mit Nachdruck, daß der Calmette-Bazillus jederzeit virulent werden könnte. — Einen breiten Raum nahmen Erörterungen darüber ein, ob Dr. Altschadt der Ansicht sein könnte, daß der in Lübeck gezüchtete Bazillus mit dem B.C.G. vollkommen identisch sei. Dr. Altschadt erklärte, er habe sich noch seiner Überzeugung seines Verstoßes gegen die gesetzlichen Bestimmungen schuldig gemacht.

## Der Fall Matuschka.

### Was die Wiener Polizei unterließ.

**Wien, 15. Oktober.** Die „Stunde“ bringt in großer Aufmachung einen Bericht über das Verbrechen Matuschka und die Vorbereitung der Eisenbahnattentate. Matuschka habe sich im Frühjahr dieses Jahres in Prag (Bez. St. Pölten) eigens einen Steinbruch gepachtet, um so größere Sprengstoffmengen ausgeführt zu erhalten. Tatsächlich kaufte Matuschka Sprengstoffe auf, verwendete sie aber niemals im Steinbruch. Die Eigentümerin des Steinbruchs habe sofort nach Bekanntwerden des Eisenbahnanschlags von Via-Torbach Verdacht geschöpft und eine diesbezügliche Anzeige an die Wiener Polizei gerichtet, die jedoch von den Behörden nicht weiter verfolgt worden war. Die Sicherheitspolizei teilte dies mit, daß ihr von einer solchen Anzeige nichts bekannt sei. Auf die Nachricht der heutigen „Arbeiterzeitung“, daß Matuschka Mitglied des berühmten „Heijas-Detachement“ in Ungarn gewesen und mit rechtsradikalen Kreisen in Verbindung gestanden sein soll, hat die Polizei bisher nicht reagiert. Die in Wien weilenden ungarischen Polizeibehörden sind auch weiterhin der Ansicht, daß Matuschka keine Komplizen befohlen und der alleinige Täter war.

## Fünf Todesopfer einer Dynamitexplosion

**Bukarest, 15. Oktober.** In einem Steinbruch bei Gernowit explodierte eine Dynamitmine. Von den herabstürzenden Gesteinsmassen wurden 29 Arbeiter verdrückt. Fünf von ihnen fanden den Tod.

## Heberfall auf eine Budapester Bank bei heiligem Tage.

**Budapest, 15. Oktober.** Heute mittags drangen zwei mit Revolvern bewaffnete und mit Masken versehenen junge Leute mit dem Ruf „Hände hoch“ in die Filiale der Pester Ungarischen Kommerzbank gegenüber dem Börsegebäude ein. Ohne Widerstand zu finden, konnten sie sich in den Kassensaal begeben, von wo sie ein Bündel mit Geld raubten, auf die Straße zurückzueilen und auf ihren Fahrrädern flüchteten. Sie wurden von einem Autotaxi verfolgt, wobei sie aus ihren Revolvern gegen das Auto schossen. Es entstand ein großer Aufruhr, doch gelang es einem der Räuber namens Josef Bonha festzunehmen, während der andere entkam. 20.000 Bungal und zweihundert Mark, die ihnen in die Hände gefallen waren, wurden bei Bonha gefunden.

## Riefeneinbruch in einem Essener Finanzamt.

**Essen, 15. Oktober.** Das Finanzamt Essen Ost wurde heute nacht von Einbrechern heimgesucht, die mit Sägehaken die Geldschränke öffneten und 300 Mark in bar, ferner für 40.000 Mark Bausparungsscheine

marken und Landestempelmarken im Werte von 290.000 Mark erbeuteten. Der Einbruch wurde erst heute früh entdeckt. Die Kriminalpolizei hat umfangreiche Ermittlungen eingeleitet.

## Hebung der Klassenlotterie

20.000 K: 18.975, 23.981.  
10.000 K: 34.723.  
5000 K: 5667, 6423, 7100, 19.026, 22.525, 27.882, 35.395, 50.751, 51.350, 55.545, 62.053, 62.880, 68.625, 72.911, 72.962, 73.837, 75.049, 84.813.

2000 K: 594, 2040, 4623, 6211, 6408, 9426, 9302, 11.237, 11.727, 13.369, 14.519, 15.437, 20.163, 22.137, 24.907, 25.483, 27.238, 28.639, 29.493, 31.724, 35.217, 33.610, 37.802, 38.398, 39.766, 43.280, 48.012, 49.166, 49.693, 52.099, 54.812, 56.106, 58.061, 60.619, 61.696, 64.570, 65.005, 66.501, 67.359, 68.188, 68.224, 69.577, 70.404, 70.837, 72.886, 73.264, 77.581, 78.970, 80.935, 84.649, 85.139, 87.279, 87.936, 89.785, 93.555, 99.369, usw.

1200 K: 179, 3596, 4180, 5623, 7498, 8880, 14.947, 15.700, 16.270, 17.175, 17.510, 17.817, 18.079, 18.827, 20.457, 20.576, 20.634, 20.738, 20.862, 20.871, 21.828, 22.728, 22.948, 25.657, 26.572, 26.677, 27.077, 29.501, 29.959, 31.040, 31.290, 32.187, 32.256, 32.996, 33.387, 34.087, 34.184, 34.700, 35.322, 35.453, 35.585, 36.174, 36.597, 37.701, 38.992, 40.784, 47.365, 50.308, 50.604, 50.983, 51.402, 51.499, 53.108, 53.314, 54.842, 54.937, 55.333, 56.987, 58.075, 58.404, 59.370, 61.673, 63.407, 64.220, 64.931, 64.940, 65.880, 68.085, 69.027, 69.268, 69.353, 69.511, 70.191, 70.801, 71.455, 72.190, 74.208, 74.234, 74.723, 75.228, 75.795, 76.011, 77.286, 77.296, 78.831, 79.405, 80.388, 80.555, 82.226, 83.063, 83.235, 83.271, 84.845, 85.512, 85.536, 86.533, 86.719, 87.899, 89.332, 89.744, 90.256, 90.996, 91.131, 91.881, 92.330, 92.607, 93.474, 93.752, 93.800, 93.920, 94.021, 94.160, 94.821, 95.420, 96.712, 98.068, 98.915, 98.936, 99.144, 99.277.

## Gerüsteinzurg erfordert drei Todesopfer.

**Berlin, 15. Oktober.** Heute mittag stürzte im Zentrum der Stadt an dem Neubau des Technischen Instituts ein Baugerüst ein und begrub die auf ihm arbeitenden Maurer unter sich. Ein Arbeiter fand hierbei den sofortigen Tod. Von den sechs schwerverletzten Arbeitern sind bisher zwei im Spital ihren Verletzungen erlegen. Der Bauleiter, den man als schuldtragend an der Katastrophe ansieht, wurde verhaftet.

## Ein „Gedächtnischwimmen“.

Bis zu welchem Grade von Geschmackslosigkeit mit peinlichster Wirkung bürgerlicher Sport „Sinn“ in seiner Vermischung mit reklamemäßigem Selbsterheben vermag, lehrt schlagend folgende Ankündigung, die wir einer der letzten Nummern des „Teplich-Schönaner-Anzeiger“ entnehmen:

**Erstes Gedächtnischwimmen für die im Weltkrieg gefallenen sudetendeutschen Schwimmer.** Dieses am Sonntag, den 1. November l. J. in Ruffig-Schneckenstein (Nahans Schicht-Bad) stattfindende Schwimmen wird eine glänzende Belegung aufweisen. Neben den besten deutschen Schwimmern der Republik mit den bekannten Schwimmern des „Agir“ Brünn an der Spitze wird einer der erfolgreichsten reichsdeutschen Vereine, der „Poseidon“ Leipzig mit seiner ersten Rennmannschaft, in der die Weltrekordschwimmerin Fräulein Bertha Wunder sowie der frühere deutsche Meister Herbert Heinrich vertreten ist, am Start erscheinen. Die zu erwarteten spannenden Kämpfe werden einen interessanten Nachhau für das Können der Spitzenleute des Deutschen Schwimmverbandes in der Tschechoslowakischen Republik darstellen.

Das soll also eine Ehrung für arme Tote des Weltkriegs aus unserer Heimat sein, wenn ein Weltrekordschwimmer mit „glänzender Belegung“ und mit einer Weltrekordschwimmerin veranlaßt und als vorausichtlich riesig spannend angefündet wird, um recht viele Zuschauer anzulocken! Was für ein geistiger Zusammenhang zwischen gefallenen Schwimmern und einem Schwimmtunier bestehen soll, wird jedem unersichtlich bleiben, der nicht von der durch diese „sudetendeutsche“ Geschäftstätigkeit repräsentierten Geistesart erfaßt ist. Im Grunde dienen die Gefallenen nur dazu, um der Sache einen solennen Anstrich und eben mehr Besuchsaussichten zu geben. Von diesem Gedächtnischwimmen für gefallene Schwimmer ist nur ein Schritt zu einem Gedächtnisfest für gefallene Kegelbrüder oder zu einem Bierabend für hingemordete Stammtischfreunde. Seltener noch jegliche peinliche Pietätlosigkeit so unter der Flagge der Pietät wie in diesem Falle!

**Gebet um Rettung der Nationalpartei.** Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ bringt einen hünnisch beschwingten Leitartikel über die Harzburger Tagung, bei der sich die Männer der Tat zur Rettung Deutschlands vereinigen hätten. Mit keinem Wort verriet sie ihren Lesern dabei, wie Deutschland gerettet werden soll, welche Taten die Männer von Harzburg planen. Wahrscheinlich wagt sie es doch nicht, offen von dem Programm der Inflation zu sprechen, das in Harzburg beschlossen wurde. Der Inhalt des Artikels ist, aber wie sich dann zeigt, überhaupt ein anderer. Harzburg mehren auch die Sudetendeutschen:

Deutschlands Not ist groß, aber unsere Not kann ihr zur Seite gestellt werden, auch sie ist so hart, daß sie bald nicht mehr wird ertragen werden können. Wie schon so oft, ist auch diesmal Deutschland vorausgegangen, uns den Weg zu zeigen, der gegangen werden muß, den Weg der Einigkeit jener Kräfte, deren Volk und Heimat am Herzen liegen. Auch im Sudetenlande gibt es trotz allem Män-

ner und Parteien, die gemeinsam nur ein Ziel verfolgen, die Rettung des sudetendeutschen Volkes. Die deutsche Oppositionsparteien sollten diesen Ruf aus dem Reich nicht ungehört vorbeigehen lassen und statt über das Trennende, einmal über das Einigende nachdenken, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen und damit dem Gegner ein Bild der Geschlossenheit, statt der Zerissenheit zeigen. Auch draußen im Reich war der Weg weit, der nach Harzburg führte. Wie sich aber diese Männer nicht entmutigen ließen, weil sie wissen, daß Deutschlands Untergang auch ihr Untergang ist, weil sie zur Erkenntnis gekommen sind, daß nur ein geschlossener nationaler Block Deutschlands Rettung in die Hand nehmen kann, ebenso dürfen auch wir uns nicht entmutigen lassen, diese Frage, so unangenehm sie auch einigen sein mag, ernstlich in Angriff zu nehmen. Nicht der Parteien Geist und Mißgunst wird die sudetendeutsche Frage zur Lösung bringen, sondern nur der geeinigste unerschütterliche Wille jener, die, zwar in den Parteien verankert, aber doch über ihnen stehend mit dem weiteren Bild, der nicht auf einzelne Orte, Städte und Gebiete, sondern auf das Ganze gerichtet ist. Die werden die Welt auch bei uns nicht gleich aus den Angeln heben, aber sie werden als nationaler Block, auch im Parlament, so manches Vollbringen können, was bisher unmöglich schien.

So zum Beispiel: die Mandate der Nationalpartei bei den nächsten Wahlen zu retten. Das schien bisher unmöglich und soll vermutlich durch einen „nationalen Block“ erreicht werden, der die Bannerträger der Horthy-Nationalen am Schwanz des nationalsozialistischen Parodiegauls ins Parlament schleppen soll. Auf diese „nationale Opposition“ läßt sich wirklich das barriere Wort von den heuchlerischen Puritanern anwenden: sie sagen „Nation“, aber sie meinen „Nation“.

**Der österreichische Parteitag** ist für den 13. bis 15. November nach Graz einberufen und soll sich mit der politischen und wirtschaftlichen Lage beschäftigen. Die Formulierung der Tagesordnungspunkte wird noch beröberlicht werden.

**Mit einem Strich erwürgt.** Donnerstag nachmittags wurde die 18jährige Hausgeheimnissin Ergi Szahaj in ihrer Wohnung in der Munkacsy-Straße in Ungarn ermordet aufgefunden. Sie war mit einem Strich erwürgt worden. Die Szahaj, von der bekannt war, daß sie Erpressnisse leistete, vermißte Rabinette ihres Hauses an Prostituierte. Die Polizei zog zwei Prostituierte, die in diesem Hause wohnten, sowie deren Beschützer in Untersuchung. Es ist nicht bekannt, ob Beziehungsworte was aus der Wohnung der Ermordeten entnommen wurde.

**Falsche 500 Kronen-Noten.** In einer Ortschaft bei Loda, hat die Polizei eine Banknoten-Fälscherwerkstätte ausgehoben, in der falsche 500 Kronen-Noten hergestellt wurden. An der Spitze der Fälscherbande stand der ehemalige Polizeifunktionär Moja aus Loda. Neben ihm war der Lithograph Wieluch tätig. In der Wohnung Wieluchs fand man falsche 500 Kronen-Noten in der Höhe von 400.000 Kronen.

**In einem schweren Zusammenstoß** zwischen kommunistischen Demonstranten und Polizei kam es gestern abends im Norden Berlins in der Bad-Strasse, wo ein in der Bildung begriffener kommunistischer Demonstrationstag eine Polizeistreife angriffen wollte. Ein Beamter wurde durch einen Kommunisten mit einem Schlagring überfallen und am Kopf verletzt. Darauf gab ein zweiter Beamter, der seinem Kameraden zu Hilfe eilte, in der Notwehr einen Schuß ab, durch den der Angreifer getroffen wurde. Mit einem Wundstich mußte er ins Lazarett gebracht werden. Die Wunde stichtete dann in allen Richtungen aufeinander. Fünf Personen wurden zwangsgewaltig. Weitere Versuche kommunistischer Demonstrationstöße zu bilden, wurden von der Polizei vereitelt.

**Dreifacher Raubmord.** Zwischen Krasou und Jaromir wurde ein dreifacher Raubmord verübt. Zwei Geschäftsteile führten mit einem Fuhrmann aus Krasou zurück, wo sie etwa für 4000 Reich Mark verkauft hatten. Als sich der Wagen kurz vor Michow befand, wurden sie von einem dichten Regelschwallen empfangen und alle drei getötet. Die Raubmörder führten dann mit dem Wagen des Fuhrmanns von der Straße weg und schnitten den drei Toten alle Taschen mit Inhalt heraus. Welchen Betrag sie dann erbeutet haben, ist bisher nicht genau bekannt. Aufgrund der eingeleiteten Ermittlungen wurden bereits 16 Personen verhaftet.

**Der Mexikaner Mord.** Die reaktionäre Presse, die nach dem Attentat von Via Torbogy nicht laut genug nach Rache rufen konnte und mit größter Bestimmtheit dauernd von dem „kommunistischen Verbrechen“, dem „kommunistischen Sprengstoffattentat“, der „kommunistischen Verschwörung“ geschrieben hat, bringt der Entdeckung des Missetäters ein bei weitem geringeres Interesse entgegen. Nun, da sich herausgestellt hat, daß der vielleicht maßlose, vielleicht zu den größten Verbrechern der Menschheitsgeschichte zählende Attentäter von Via Torbogy kein Kommunist, sondern ein Mexikaner und Krämmler ist, haben sie auf einmal die Sprache verloren. Die „Deutsche Presse“ z. B. die seinerzeit zu den Blättern gehörte, die sich am empörtsten gegen den kommunistischen Ursprung des Verbrechens als erwiesen hinstellten, legt anscheinend keinen Wert darauf, die wahre Ge-

## Vom Rundfunk

### Empfehlungswertes aus den Programmen.

**Sonntag:**  
11.00 Schallplatten. 17.10 Sings: Drei Jahre in Kasparhorstland. 18.25 Deutsche Sendung: Schöneberg. Die Instrumente des Orchesters. 20.00 Konzert. — **Braun:** 15.00 Orchesterkonzert. 18.25 Deutsche Sendung: Heitere Lieder und Scherz. — **Ruhr-Citron:** 18.25 Humor in slowakischen Liedern. — **Bregburg:** 12.35 Orchesterkonzert. 17.30 Märchenpiel. — **Berlin:** 19.10 Phantasiestücke von Robert Schumann. 21.10 Kabarett. — **Leipzig:** 19.30 Rundfunkharmonikast. — **München:** 18.30 Kleine Kammermusik. — **Köln:** 19.30 Konzert.

stimmung Matuschka zu verraten. Es liegt uns fern, nun unerfährte von einem „Mexikanischen Verbrechen“ zu sprechen, aber es wäre gut, wenn die Herrschaften, die sich die Finger verbrannt haben, die Lehre für künftig heberigen würden. Der Fall Matuschka zeigt, daß die größte Frömmerei mit der stärksten verbrecherischen Veranlagung recht gut vereinbar ist.

**Rann über Nord.** Als Mittwoch das britische Unterseeboot L 53 bei Übungen in der Nähe der Insel Wight untergetaucht war, stellte es sich heraus, daß ein Mann der Besatzung versehentlich auf dem Verdeck zurückgelassen worden war. Der Kommandant ließ das U-Boot sofort wieder an die Oberfläche tauchen und mehrere Stunden lang an der betreffenden Stelle kreuzen, ohne von dem Vermissten eine Spur zu entdecken.

**In dem Notortradungslid bei Teichen,** über das wir am 13. d. M. berichteten, erfahren wir noch aus dem „Freigeist“, daß der verunglückte Kontorist Emil Reimann Angestellter des Allgemeinen Angestelltenverbandes in Reichenberg war. (Sein Vater war Funktionär des Holzarbeiterverbandes, Obmann der Bezirkskrankenkasse in Reichenberg, und auch in der Partei eifrig tätig; er ist bald nach Kriegsausbruch gefallen.) Der Verunglückte war um 1 Uhr mittags mit seinem Freunde Robert Stein auf dem Notortrade von Reichenberg nach Rottomau gefahren und wollte an der Unglücksstelle, die 108 Kilometer von Reichenberg entfernt ist, einem vor ihm fahrenden Lastenauto vorfahren. Er hatte hierzu Signal gegeben, das Lastenauto wich nach links aus und Reimann fuhr ihm vor; im selben Augenblick kam von der anderen Seite ein Personenauto entgegengefahren und es ereignete sich der furchtbare Zusammenstoß, der den sofortigen Tod der beiden Notortradefahrer zur Folge hatte. Der Allgemeine Angestelltenverband verliert in dem so jung Verstorbenen einen fleißigen Mitarbeiter, der zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigte. Am 14. Oktober erfolgte die Einäscherung in der Reichenberger Feuerhalle unter sehr großer Beteiligung. Zentralsekretär Bergmann sprach im Namen des Verbandes und der Ortsgruppe Reichenberg tief empfundene Abschiedsworte.

**Der Gattin in den Tod gefolgt.** Vor etwa acht Tagen erlag die Frau des Arbeiters Reinhold Egermann in Rischern bei Karlsbad einem Herzschlag. Bei ihrer Beerdigung war der Witwer von Schwermut befallen worden und äußerte mehrmals, daß ihn das Leben nicht mehr freute. Als ihn nun am Dienstag morgens ein Arbeitskollege aus seiner Wohnung abholen wollte, fand er ihn, wie uns gemeldet wird, tot auf dem Kopfbett liegend vor. Egermann hatte sich durch einen Herzschlag entleert.

**Tödlicher Unfall in einer Zigaretterei.** In Korbach bei Gießen geriet, wie uns berichtet wird, der Glasbläser Kamill Zimmer in ein Fahrradgerichte, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er kurz nach seiner Ueberführung ins Gießener Krankenhaus verschied. Der auf so tragische Weise Verstorbenen hinterläßt eine Witwe.

**Der Krefelder Abtreibungsprozess.** Vor dem Schwurgericht Krefeld begann am Mittwoch der Prozess gegen den 33 Jahre alten Krefelder praktischen Arzt Dr. Herbert Selo, die Anklage lautet auf gewerdmäßige Abtreibung und zahlreiche Betrugsfälle zum Schaden der Krankenliste. Die Verhandlung, zu der mehr als 100 Zeugen und fünf Sachverständige geladert sind, findet unter Ausschluß des Publikums, aber bei Anwesenheit der Presse statt. Der angeklagte Arzt erklärte, daß er die ihm zur Last gelegten Eingriffe nicht aus Gewinnsucht vorgenommen habe, sondern nur, wenn eine medizinische soziale oder eugenische Notwendigkeit vorlag. Er warte der Auffassung, daß ein Arzt in Fällen der Not zu helfen habe. Außerdem bestritt der Angeklagte energisch sich des Betrugs schuldig gemacht und von der Krankenliste mehr als das ihm rechtlich zustehende Honorar verlangt zu haben. Er selbst sei stets der Auffassung gewesen, daß auch von der Krankenliste die Schwangerschaftsunterbrechung stillschweigend als Selbstbehandlung anerkannt und bezahlt werde.

**Johannsen in Hamburg.** Der Ozeanflieger Christian Johannsen, der zusammen mit den Fliegern Rodd und Baigo bei dem Versuch der Ueberquerung des Atlantischen Ozeans auf dem Meere niedergehen mußte und erst nach 158 Stunden von einem Frachtschiff gerettet werden konnte, ist an Bord des Notortrades „St. Louis“ im Hamburger Hafen eingetroffen. Rodd und Baigo haben das Schiff bereits in Cherbourg verlassen. Johannsen erklärte, daß er eine Wiederholung des Ozeanfluges nach Amerika sobald wie möglich vorzunehmen gedenke. Er hoffe, daß ihn von den Junkers-Werken ein schwimmfähiges Landflugzeug zur Verfügung gestellt werde.







HERBSTMODELL VON GALANTERIESCHUHEN.



Modell 5305-07 Braune Chevreau, oder schwarze Lack-Pumps mit schlankem Absatz, deren Einfachheit allgemein beliebt ist. Man trägt dazu echte Seiden-Strümpfe für K2 29.-



Modell 9805-90 Diese eleganten Pumps mit hohem Absatz werden Ihnen sicher gefallen. Der Rist ist mit einer geschmackvollen Zunge und mit einer austauschbaren Spange verziert. Diese Schuhe eignen sich sowohl für den Tanz als auch in die Gesellschaft.



Modell 9875-38 Schuhe für Ihren Geschmack: fein verziert mit aufgenähtem Streifen und Schlangenhaut-Einlage. Der hohe Absatz trägt zur Eleganz bei. Für Ausgänge in Braun und Sämisch für die Gesellschaft aus Lack.



Modell 9675-32 Schöne Schuhe mit Blattverzierung. Wir erzeugen sie aus feinem Box-Lack, oder Sämisch in schwarz oder brauner Farbe.

8-158

PRAGER ZEITUNG.

Falsche Gerüchte — und was die „Bohemia“ daraus machen möchte.

Unverantwortliche Elemente, wie die „Bohemia“ sie selbst nennt, versuchen Mittwoch das Gerücht zu verbreiten, das Schulministerium habe die Thava des Prager Siebenschuljahres wegen angeblicher kommunistischer Umtriebe aufgelöst.

An der Sache ist kein Wort wahr, kein Blatt hat, die „Bohemia“ ausgenommen, Notiz davon genommen. Die Schulleitung und das Schulministerium erklären, daß nicht der geringste Anlaß zu einer solchen Maßnahme, oder auch nur zu einer Befragung besteht, da über das Verhalten der Oktavener keine Klage geführt werden kann.

Dies der Tatbestand. Man sollte meinen, niemand könnte ein Interesse daran haben, die deutsche Anstalt und ihre Schüler in Unannehmlichkeiten zu bringen. Die „Bohemia“ ist, selbst uns, anderer Ansicht. Sie hat sich mit der Aussicht, die ihr die Direktion und das Schulministerium gaben, nicht zufrieden gegeben, sondern sie fühlt sich bemüht, die Öffentlichkeit (Schüler und Eltern, ja, sie, aber sie denkt wohl dabei auch an andere Stellen) zu warnen und auf „rasse Tatsachen“ aufmerksam zu machen, die noch ihrer Darstellung die Nachrichten als berechtigt hätten erscheinen lassen.

Die erste Tatsache, die es der „Bohemia“ angetan hat, ist die, daß die Mittelschüler sich absolut nicht dazu hergeben wollen, als Material für den „neuen judendeutschen Menschen“ zu dienen, sondern lieber selbst über ihre Zukunft nachdenken und entscheiden wollen. Daran wird auch das laueste Ach- und Wehgeschrei nichts ändern können.

Auch das Schredgespenst nicht, welches die „Bohemia“ losläßt, daß die Schüler für politische Parteien gewonnen werden sollen. Es ist keine Neuigkeit, daß die Sozialdemokraten wie überall, auch unter der studierenden Jugend für ihre Ideen werben. Den „Jugenddemokraten“ wird die „Bohemia“ dieses Recht nicht abstreiten, sie sollte also in der Polemik mit uns vorsichtiger sein. Der Versuch, die Sozialdemokraten zu treffen, indem man auf den „Neuen Schulkampf“ zielt, ist aber ebenso unangebracht, wie in seinen Mitteln fählich.

Wir haben den „Neuen Schulkampf“ als wertvolles Mittel der Selbsterziehung der studierenden Jugend begrüßt und haben mit Genehmigung festgestellt, daß er auf dem richtigen Wege ist und erst mit den Problemen umgeht, vor welchen heute der Nachwuchs der Intelligenz steht. Dasselbe Urteil fällten unvoreingenommene Bürgerliche, auch Professoren und Lehrer. Eine sozialdemokratische Organisation ist der Kreis um den „Neuen Schulkampf“ nicht, wenn ihm auch viele Sozialdemokraten angehören. Die „Bohemia“ paßt jedoch die ganze Richtung nicht, da sie nicht den Stempel des Rasinos trägt, und dann möchte sie die Eltern und, wenn sie es auch nicht offen sagt, die Schulbehörden gegen sie aufhetzen.

Keine grauen Haare braucht sich die „Bohemia“ darüber wachsen zu lassen, daß die Schüler mit Politik „beleggt und beunruhigt“ werden. Wir glauben nicht, daß sich Mittelschüler von heute belegen und beunruhigen lassen, wenn sie nicht wollen. Die „Bohemia“ soll sich doch darüber informieren lassen, wie sich die Mittelschüler die Propaganda der „Jugenddemokraten“ vom Halse halten können. Nicht weniger komisch ist der Versuch, die Klagen, die zwischen dem kommunistischen „Schulkampf“ und dem „Neuen Schulkampf“ anhängig sind, auszusprechen. Die „Bohemia“ hätte Grund genug, über solche Dinge zu schweigen, wenn sie sich daran erinnert, daß von Seiten der WWS bzw. ihrer funktionäre drei Klagen gegen uns eingeleitet wurden, welche dann unermüdet zurückgezogen werden mußten.

Wir können also mit Ruhe abwarten, was von den Herrschaften von der Gegenpartei unternommen werden wird. Wenn diese die Elternversammlungen für ihre politischen Ziele mißbrauchen wollen, werden wir sie nicht hindern können. Sie werden auch dort nicht weit kommen. Was aber den

„Neuen Schulkampf“ betrifft, kennen wir ihn gut genug, um sagen zu können, daß er selbst das größte Interesse daran hat, wenn die Schüler und ihre Eltern sich über seine Arbeit durch Lesen der Zeitschrift und Besuch seiner Veranstaltungen informieren. Wenn die „Bohemia“ durch ihren geistigen Artikel dazu beigetragen hat, so hat sie sich einmal ein Verdienst erworben.

Heute Bankbeamten-Protst- versammlung.

Versuch einer zehnprozentigen Herabsetzung der Beamtgehälter in der böhmischen Industriebank.

Die Direktion der Böhmisches Industriebank teilte den Angestelltenvertretern gestern mit, daß die Bank die Gehälter der Angestellten vom 1. Jänner 1932 angefangen um 10 Prozent und die Gehälter der Direktoren um einen höheren Prozentsatz herabzusetzen gedenkt. Die Bankbeamtenorganisationen werden gegen diesen Angriff der Bank, welcher im Widerspruch zu den geltenden Abmachungen steht, alle Schritte unternehmen. Für heute, um 7 Uhr abends, wurde von beiden Bankbeamtenverbänden eine Protestversammlung in den großen Saal der Produktenbörse einberufen.

Herr Lustig auf dem Kriegspfade.

Die DWG. verlegt den politischen Kampf in die Elternvereinigungen.

Wir haben vor etwa einer Woche über das anqualifizierbare Vorgehen des Funktionärs der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, Herrn Lustig, berichtet, der seiner Wut über die für seine Partei schlecht ausgefallene Gemeindevahl in Prag dadurch Ausdruck gegeben hat, daß er — ausgerollt in der Elternversammlung eines Prager Gymnasiums, die er mit einer Wählerversammlung seiner Partei verwechselt hat, unsere Partei angriff. Der Herr Lustig scheint nun selbst eingesehen zu haben, daß er mit derlei Dingen die Vorbeeren, die ihm sonst verjagt geblieben sind, sich nicht holen wird und schied uns folgende § 19-Verächtigung:

„Unwahr ist, daß Herr Lustig in der rüdesten Weise gegen die Sozialdemokratie polemisierte, indem er erklärte, daß der „Schulkampf“ (das Blatt der sozialistischen Mittelschüler) keine nur deswegen erscheinen, weil ihn die „roten Bonzen“ unterstützen.“

Wahr ist vielmehr, daß Herr Lustig gegen die Sozialdemokratie überhaupt nicht polemisierte, auch die Worte „rote Bonzen“ nicht gebraucht, sondern sich im allgemeinen gegen die Politisierung der Mittelschuljugend ausgesprochen hat.“

Demgegenüber halten wir unsere Behauptung, daß Herr Lustig in einer das Niveau der Versammlung nicht achtenden Weise die Sozialdemokratie angriff, vollkommen aufrecht und es haben sich bei uns auch bereits einige Zeugen gemeldet, die unsere Meinung als richtig erklärt haben. Herr Lustig bezeichnete die von den Mittelschülern herausgegebene Zeitschrift als „Schwindel“, weswegen er vom Vorsitzenden der Versammlung, wie uns nun mitgeteilt wird, gerügt wurde. Lustig erklärte, die betreffende Zeitschrift entspringe nicht den eigenen Wünschen der Jugend, sondern dem Diktat der Bonzen, das geeignet sei, in der Jugend einen Antischulkomplex zu erzeugen und Eltern und Professoren mühen alles tun, um Politik von der Jugend fernzubehalten. So die Tatsachen.

Wir wollen uns mit dem Herrn Lustig nicht darüber unterhalten, wie wir über den „Neuen Schulkampf“ denken, wir haben das im „Sozialdemokrat“ schon unseren Lesern auseinandergesetzt. Herr Lustig glaubt, daß sich Oktavener im Alter von 18 und 19 Jahren die Augen verbinden und die Ohren verstopfen lassen werden, um die Welt nicht zu sehen, wie sie ist, weil das Bestehen dieser Welt eine Auflage gegen jene Gesellschaftsordnung ist, die der Herr Lustig für die beste hält und die er mit dem ganzen Aufgebot seiner Wut über das Vordringen der Sozialdemokratie verteidigt. Die Herren ärgern sich darüber, daß der wissenschaftliche Sozialismus auch unter der Prager deutschen Mittelschuljugend Boden gewinnt und möchten am liebsten, mit der Disziplinardisziplin in der

Band, der Jugend den Sozialismus aus den Köpfen schlagen. Dieses Bemühen der WWS wird aber nur das Hohngelächter der Jugend hervorrufen.

Im übrigen kennen wir die politischen Manieren des Herrn Lustig seit fünfundsiebenzig Jahren, wir wissen, wie er die freigeistlich-antiquarische Angestelltenbewegung mit seinem Hoch verfolgt und mit welchem Erfolg er das getan hat. Wenn er an eine Reuanauflage seiner einstigen Kampfschrift von damals denkt, wird er dieselben Erfahrungen machen, nur mit dem Unterschiede, daß er mit seinem neuen Geschäft viel früher Bankrott machen wird als mit seinem alten.

Revision der ständigen Wählerverzeichnisse.

In diesen Tagen liegen in allen Häusern Auszüge aus den ständigen Wählerverzeichnissen zum Zwecke ihrer Richtigstellung auf. Die letzten Gemeindevahlen haben ergeben, daß hunderte von Wahlberechtigten durch Ungenauigkeiten in den Verzeichnissen um ihr Wahlrecht gekommen sind. Es ist daher im Interesse aller gelegen, sich davon zu überzeugen, ob sie in den Wählerverzeichnissen richtig eingetragen sind.

Früherer Hausverstoß. Da die neue Hausordnung für Prag-Prag vom Stadtrat immer noch nicht verabschiedet wurde und vom Landesamt nicht genehmigt werden konnte, werden vom heutigen Tage an die Hausstörer nach den Bestimmungen der alten Hausordnung um eine Stunde früher, das heißt um 9 Uhr gesperrt werden. Die Prager werden auf einer der geringen Ertragsarten, welche die neue Hausordnung bringen soll, die ganzjährige Zehnhauseinsperre, ein Jahr länger warten müssen.

Kunst und Wissen

Spielplanänderung. Infolge plötzlicher Erkrankung Lotte Schönauers gelangt heute, Freitag, statt „Bar und Zimmermann“ Verdis Oper „Der Troubadour“ zur Aufführung.

Sonntag — ausschließlicher Vorkaufstag für die Abonnenten. Im Sinne der in der Abonnementeinladung den Abonnenten eingeräumten besonderen Begünstigung wird von nun an der Samstag ausschließlich den Abonnenten als Vorkaufstag für die Vorstellungen der nächsten Woche eingeräumt. Die Abonnenten können an diesem Tage die Vorstellungen, die sie im Spielplan der nächsten Woche aufgrund ihrer Abonnement-Zusatzkarten oder ihrer Gutscheine zu besuchen wünschen, wählen und die betreffenden Karten einlösen. Neue Vorstellungen in der Kleinen Bühne, welche für die Abonnement-Zusatzkarten gültig sein werden, werden in den jeweiligen Ankündigungen durch die Beifügung „Abonnement“ bezeichnet werden. Diese Reservierung, die von den Abonnenten gewiß lebhaft begrüßt werden wird, tritt bereits morgen, den 17. ds., in Kraft.

Philharmonische Konzerte. Für das Konzertabonnement der neuen Spielzeit gelten folgende Preise: Logen 300—360 K., Parkett 68—92 K., Balken 64—80 K., Galerie 24—48 K. Die Abonnenten der vier ordentlichen Konzerte erhalten für das außerordentliche Konzert, das zugunsten der Pensionisten des Vereins deutscher Journalisten in Böhmen veranstaltet wird, einen 10prozentigen Preisnachlaß. Die Solisten der Konzerte sind: Janoz Frliebmann (Klavier), Wilh. Schwejda (Violine), Georg Széll (Klavier), und der fünfzehnjährige italienische Violoncellist Amadeo Baldovino. Solist des außerordentlichen Konzertes: Maurice Ravel (Klavier). Der Kartenvorkauf für die Abonnenten beginnt heute, Freitag.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 7.30 Uhr: „Troubadour“. Samstag, 7.30 Uhr: Ensemblespiel der „Komödie“ in Wien mit Conrad Veidt: „Er“. Sonntag, 11 Uhr: Kammerorchester: halb 3 Uhr: A. S. u. Arbeitermeckvorstellung: „Der letzte Bolzer“; 7.30 Uhr: Ensemblespiel der „Komödie“ in Wien mit Conrad Veidt: „Er“. Montag, 7.30 Uhr: „Toni aus Wien“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag, 8 Uhr: „Kina“. Samstag, 8 Uhr: „Kina“. Sonntag, 3 Uhr: „Antimitien“; 7.30 Uhr: „Der vollkommene Adria“. Montag, 7.30 Uhr: „Der Graue“.

Sozialistische Jugend, Prag.

Sonntag, den 18. d. M.

Internationaler Jugendtag.

Wir veranstalten gemeinsam mit unterirdischen Bruderorganisation eine Kundgebung, in welcher wir gegen den Militarismus und für den Schutz der arbeitenden Jugend demonstrieren werden.

Redner:

Abg. Genosse Hampf, der Vorsitzende der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei,

Genosse Karl Kern, der Vorsitzende des Sozialistischen Jugendverbandes in den deutschen Bezirken der S. S. D.

Beginn: halb 10 Uhr im großen Saal des Lloyd däm, Hiberniska. Gaffe herzlich willkommen.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

S. J. II (Studenten). Wir machen alle Genossen auf den vom „Neuen Schulkampf“ veranstalteten Vortrag Prof. Adlers über „Individualpsychologie und Erziehung“ aufmerksam. Der Vortrag findet Samstag (17. Oktober) um 20 Uhr im großen Saal der Stadt. Zentralküche (L. Marionke nam.) statt. Sitzplätze K8 5—25, für Studierende oder Mitglieder der preel. Jugendorganisation 20 Prozent Ermäßigung. Sitzplätze K8 4, ermäßigt K8 1.50. Vorkauf bei Spüler, Deutsch und beim Torwart der Zentralküche.

S. J. Prag, Gruppe I. Heute 8 Uhr in der Sec. Arbeitsgemeinschaft: Religion, Kirche und Sozialdemokratie. Es spricht Genosse Prof. Dr. Hartwig. Beteiligt Euch auch reich! Gaffe willkommen. — Am Sonntag treffen wir uns halb 3 Uhr in der Sec. und geben ins Lloyd däm zur Kundgebung anlässlich des Internationalen Jugendtages.

Rote Felle, Prag: Samstag nachmittags Zusammenkunft in der Sec. Hofbauerhorde 3 Uhr; Schwarzhorde und Räderhorde halb 4 Uhr; Sondershorde halb 5 Uhr in Haldovice Arbeitsgemeinschaft. — Sonntag: Veranstaltung wird Sonntag vereinbart.

Jugendlichen des Einheitsverbandes der Privatangestellten. Jugendgenosse Heinz Gottlieb spricht am Montag über „Bürgerliche Anarchie und Angestelltenfrage“. Beginn halb 8 Uhr, Post, Jungmannstraße 20. — S. J. Genossen herzlich willkommen!

Arbeitsgemeinschaft für Festkultur: Heute abends halb 7 Uhr in der Bildungszentrale: „Die Kunst in Jugendfeiern“.

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebeziehung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

KINO-PROGRAMM vom 16. Oktober bis 22. Oktober 1931.

Wran-Urania-Kino (Altes deutsches Kino Prag) Stürmischer Erfolg! Zweite Woche verlängert! „Drei Tage Mittelarrest“ FELIX BRESSART im Soldatenrock.

Wo verkehren wir? Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschafter LIDOVÝ DŮM (Gen. W. L. Schöner) Täglich Konzert PRAG II, Hiberniska Nr. 7.

Druckerei: Gustav Tsch. — Eigentümer: Wilhelm Richter. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Stank. — Druck: „Kunst- u. Verlags- und Druckerei, Prag.“ — Für den Druck verantwortlich: Carl Gull. — Die Zeitungsausgaben werden von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit einem 10% Zuschlag in Anspruch genommen. — Die Zeitungsausgaben werden von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit einem 10% Zuschlag in Anspruch genommen. — Die Zeitungsausgaben werden von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit einem 10% Zuschlag in Anspruch genommen.